

PRESSEMITTEILUNG **der Deutschen Steuer-Gewerkschaft** (5. Juli 2011)

Deutsche Steuer-Gewerkschaft: „Zwei-Jahres-Steuererklärung ist völliger Unsinn!“

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft erwartet, dass der Bundesrat in seiner nächsten Sitzung am Freitag den Plänen von Bundesregierung und Bundestag für eine Zwei-Jahres-Steuererklärung ein Aus beschere wird. Die Zwei-Jahres-Steuererklärung ist Teil des sogenannten Steuervereinfachungspaketes 2011.

Gegenüber der Presse bezeichnete der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Thomas Eigenthaler, die Zwei-Jahres-Steuererklärung als völligen Unsinn. Wer eine Rückerstattung vom Finanzamt erwarte, wolle keine zwei Jahre warten. Müsse der Steuerzahler dagegen Steuern nachzahlen, schneide sich der ohnehin hoch verschuldete Staat ins eigene Fleisch.

Viel schlimmer sei aber, dass die Arbeit in den Finanzämtern nicht vereinfacht, sondern zusätzlich behindert wird. Eigenthaler wörtlich: „Die Finanzämter erwarten eine riesige Welle von Anfragen der Steuerzahler.“ Es sei nämlich zu befürchten, dass diese nicht wüssten, ob sie die neue Regelung in Anspruch nehmen sollen oder nicht. Diese Anfragewelle koste viel Zeit und verzögere sogar Erstattungen.

„Wir erwarten zudem eine massive Störung der Arbeitsorganisation“, so Eigenthaler weiter. Die Finanzämter seien nicht auf eine schwankende Arbeitsbelastung ausgelegt. „Wir fordern, dass uns nicht noch zusätzlich Sand ins Getriebe geworfen wird. Die Finanzämter sind jetzt schon massiv belastet.“

Auch habe der Steuerzahler nicht weniger Arbeit mit der Steuererklärung, da er die Unterlagen für zwei Jahre sammeln und ein Formular für zwei Jahre abgeben müsse.

Zudem weist Eigenthaler darauf hin, dass auch die meisten Steuerberater nichts von dieser Idee hielten. Es sei daher nicht nachvollziehbar, dass die Politik die Zwei-Jahres-Erklärung trotzdem einführen wolle. Eigenthaler: „Die Idee ist am grünen Tisch entstanden und muss als praxisuntauglich abgelehnt werden.“

Als Alternative schlägt der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft vor, beim Lohnsteuerfreibetrag anzusetzen. Es sei weitaus effektiver und sowohl für den Steuerzahler wie für die Finanzämter entlastend, wenn man den Lohnsteuerfreibetrag mit einer Gültigkeit von zwei Jahren versehe. Betroffene Steuerzahler müssten dann nicht jedes Jahr zum Finanzamt. Die Steuerverwaltung hätte nur halb so viel Arbeit. Mögliche Differenzen könnten bei der Jahresveranlagung ausgeglichen werden. Eigenthaler: „Eine solche Vereinfachung hätte Gewinner auf beiden Seiten“.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Friedrichstrasse 169/170, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 206256-600